

URL <http://www.moz.de/nachrichten/deutschland/artikel-ansicht/dg/o/?print=1&cHash=a5d79fc8a39e4a1333b49cf5661cb4cf>

Parlament will Offenlegung von Einkünften neu regeln

Berlin (moz) Von André Bochow

Die Bundestagsabgeordneten sollen künftig ihre Nebeneinkünfte in sieben statt in drei Stufen angeben. Unklar ist die Höhe der Untergrenze für die Veröffentlichungspflicht. Die Rechtsstellungskommission des Parlaments wird ab Donnerstag ihren ursprünglichen Entwurf überarbeiten. Organisationen wie Transparency International und Lobbycontrol hatten Proteste angekündigt. Sie befürchten eine Verschleierung von Nebeneinkünften. Das Parlament wird sich Ende Mai mit den neuen Regeln befassen.

Peer Steinbrück war im vergangenen Jahr fleißig. Allerdings nicht unbedingt im Bundestag. Denn der Ex-Finanzminister war viel unterwegs. Als Vortragsredner brachte es der SPD-Politiker im Jahr 2010 laut der Internetplattform „abgeordnetenwatch“ auf 45 Vorträge vor hochkarätigen Auditorien, die mit jeweils mindestens 7000 Euro vergütet wurden. Das macht ein zusätzliches Einkommen von 315 000 Euro. Wahrscheinlich ist es deutlich mehr. Als Bundestagsabgeordneter muss Steinbrück nur angeben, dass er für den jeweiligen Auftrag mindestens 7000 Euro erhalten hat. Wie viel mehr es jeweils sind, darf sein Geheimnis bleiben.

Nun aber soll sich einiges ändern. Am 14. April dieses Jahres hatte sich die Rechtsstellungskommission des Bundestages darauf verständigt, neue Regeln vorzulegen. In nun sieben Stufen sollen die Einkünfte bis zu einer Höhe von 150 000 Euro erfasst werden. Bei 10 000 Euro sollte die Meldepflicht-Untergrenze liegen. Doch worauf die 10 000 Euro sich beziehen, ist umstritten. Sollte es die Grenze pro Tätigkeit sein? Das befürchteten zumindest Antikorruptionsorganisationen, die, sofort eine Protestkampagne starteten. Im Internet unterschrieben innerhalb von zwei Tagen fast 50 000 Menschen einen Appell, der die Politik auffordert, die Anhebung der Untergrenze von 1000 auf 10000 Euro pro Auftrag zurückzunehmen. Möglicherweise hatte der Protest Erfolg. Der Fraktionsgeschäftsführer der Union, Peter Altmaier, regierte fast schon entrüstet. Die Stückelung der Aufträge die jeweils unter der 10000 Euro-Grenze liegen, „war zu keinem Zeitpunkt intendiert.“ FDP-Abgeordneter Jörg van Essen spricht von einem „Fehler in der Formulierung.“ In der Opposition glauben viele eher an Absicht. In jedem Fall, so findet Dagmar Enkelmann von den Linken, könne man die Diskussion erledigen, indem einfach die 1000 Euro Monatsgrenze bleibt. Noch besser fände es Enkelmann, wenn grundsätzlich alle Nebeneinkünfte offengelegt würden. Das aber wird von der Mehrheit des Bundestages unter anderem mit der Begründung zurückgewiesen, es entstünde zu viel Bürokratie. Die Grünen schlagen eine Untergrenze von 5000 Euro vor. Ab heute werden in der Rechtsstellungskommission die Formulierungen überarbeitet.

Wahrscheinlich wird das Parlament noch in diesem Monat erstmals über die Neuregelungen beraten. Vielverdiener können die neuen Bestimmungen gleichgültig sein. Solange sie ihre Einnahmen korrekt angeben, wird niemand sie ernsthaft daran hindern, Vorträge zu halten oder Beraterhonorare entgegenzunehmen. In unbegrenzter Höhe.

Thema

Einkünfte der Volksvertreter

Lesen Sie auch ...

31.03.2011 10:24 [MOZ THEMA](#)

Altmaier (CDU): Über Kernenergie entscheidet die Politik

URL <http://www.moz.de/details/dg/o/1/288356/?print=1&cHash=fd6ba24e0b08de9af1abeb2b88022784>

27.05.2008 09:42 **MOZ THEMA**

Bundesregierung will Lobbyismus in Ministerien begrenzen

URL <http://www.moz.de/details/dg/o/1/15621/?print=1&cHash=9626162bbff49ef36a002061563bb2f9>

10.12.2010 13:26 **MOZ THEMA**

Bund-Länder-Streit über Uni-Kosten durch Wehrrreform

URL <http://www.moz.de/details/dg/o/1/271048/?print=1&cHash=0b4f8f149ec904a00a74179doe1c98af>

© 2009 MOZ.DE MÄRKISCHES VERLAGS- UND DRUCKHAUS GMBH & CO. KG

Märkische Oderzeitung
